



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/125 - 3. Juni 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Chruschtschow-Farnseh-Interview	S. 1
Nach dem Rücktritt Egerholms	S. 2
Die Verkehrspolitik Schwedens	S. 3
Die zweite industrielle Revolution und die Klein- und Mittelbetriebe	S. 4
Der Test von Wilhelmshaven	S. 7

## Bereitschaft zur Inspektion und Kontrolle

1er. Zum ersten Male vernahmen viele Millionen Amerikaner, die Sonntag Abend vor dem Bildschirm ihres Fernsehgerätes saßen, die Stimme des sowjetischen Parteichefs Chruschtschow, des wohl massgeblichsten Mannes der Sowjetunion. Dass dies am Vorabend der wieder aufgenommenen Londoner Abrüstungsverhandlungen geschah, war gewiss kein Zufall; Chruschtschow wählte diese Gelegenheit, um in grossen Zügen, denen gewisse Detailstriche nicht fehlten, die sowjetischen Wünsche, Forderungen und Hoffnungen hinsichtlich der Londoner Verhandlungen darzulegen. Er tat das in der bei ihm gewohnten kräftigen und bildhaften Sprache.

Sachlich enthält das Interview gewiss nicht viel Neues. Die an die Vereinigten Staaten gerichtete Forderung nach gegenseitigem Truppenabzug aus Europa entspricht schon früher gemachten Vorschlägen Moskaus, seine grundsätzliche Zustimmung zu einem Inspektionssystem auf dem Gebiete der Abrüstung kann nicht überraschen. Auch dass Chruschtschow vom Sieg des Weltkommunismus überzeugt ist - er prophezeite den Amerikanern, ihre Ekel würden unter dem Kommunismus leben - gehört zum Moskauer Wortschatz und zum eisernen Bestandteil der sowjetrussischen politischen Philosophie. Das braucht man nicht unbedingt als Beweis einer militanten, auf Kriege und Eroberungen ausgehenden Absicht anzusehen. Die Amerikaner selbst sind ja überzeugt, ihr "Way of Life" sei der einzige Schlüssel zum Weltfrieden und zur Steigerung der Wohlfahrt. Aber sie sind nicht so töricht, diesen Weg allen Völkern mit Gewalt aufzwingen zu wollen, sie sahen sich nur allzubald bei solchem missionarischen

3. Juni 1957

Eifer in furchtbaren Verstrickungen verwickelt. Ob die Welt, wie Herr Chruschtschow annimmt, in hundert Jahren kommunistisch wird, hängt wahrhaftig nicht von der Stärke der Sowjetunion und der Ausstrahlungskraft ihrer bolschewistischen Ideologie ab, sondern von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, die sich die nicht-kommunistische Welt - und das ist immerhin weitaus der grösste Teil der Erde - selbst gibt.

In der politischen Praxis kommt es vor allem doch darauf an, ob beide Weltmächte, hinter deren ungeheure, mit den modernsten Vernichtungswaffen ausgestattete militärische Kräfte stehen, ihre unvermeidlichen Gegensätze mit militärischen Mitteln austragen oder sich auf das Gebiet der ideologischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung beschränken wollen. Die Bedeutung des Chruschtschow-Interviews liegt wohl darin, dass Moskau allem Anschein nach ernsthaft daran gelegen ist, in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten den verschölicheren, auf Abbau unerträglich gewordener Spannungen bedachten Weges zu beschreiten, es scheint mit anderen Worten an grossen Abenteuer der Abrüstung ernsthaft interessiert zu sein, da es eben wie die führenden Männer der Vereinigten Staaten wohl weiss, dass ein Zusammenprall beider Mächte im Atomzeitalter mit der gegenseitigen Vernichtung enden würde. Daran kann weder Washington noch Moskau etwas gelegen sein. Die Stufe: Kampf - Sieg - Frieden, auf der sich die bisherige Geschichte vollzog, lässt sich nicht mehr beschreiten, wenn nicht alle in den Abgrund stürzen wollen.

Es heisst, der amerikanische Abrüstungsexperte Stassen sei mit sehr elastischen Direktiven für seine Verhandlungen mit dem russischen Gegenspieler Zorin versehen worden. Auch Zorin scheint, das geht mit eindrucksvoller Deutlichkeit aus dem Fernsehinterview Chruschtschows hervor, keine starren Weisungen in seinem Gepäck zu haben. Das ist gut so. Wenn man wirklich dazu kommt, sich, um den russischen Parteichef zu zitieren, nicht mehr gegenseitig als Räuber, sondern als ehrliche Leute zu betrachten, ist schon sehr viel gewonnen und damit der Boden für jenes gegenseitige Mindestmass an Vertrauen vorbereitet, ohne das es nicht geht. Es wird ohnehin ein hohes Mass an schöpferischer Phantasie - und zwar von beiden Seiten - erfordern, um auf dem weiten Feld der Inspektionszonen, der begrenzten und kontrollierten Abrüstung auch nur schrittweise voranzukommen.

Ernste Spannungen in Finnland

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

Die neue Minderheitsregierung Dr. Sukselainens in Finnland hat sich die Aufgabe gestellt, das Wirtschaftsleben des Landes zu stabilisieren und die Staatsfinanzen zu sanieren. Im Prinzip weiss man, dass alle Bevölkerungsschichten hierzu beitragen müssen. Die Lastenverteilung auf die verschiedenen Gruppen ist heute die Hauptsorge der finnischen Politik. Nach dem vorjährigen Generalstreik waren die Lebenshaltungskosten um 12 Prozent gestiegen. Die Gewerkschaften forderten volle Lohnkompensation. K.A. Fagerholm, der frühere Ministerpräsident, hatte in mühevollen Verhandlungen den Gewerkschaftsbund bewogen, im Interesse der Wirtschaftsgesundung seine Forderung auf acht Prozent zu senken, wobei die Lohnerhöhung ausserdem auf zwei Jahre verteilt werden sollte, um nicht inflationstreibend zu wirken. Die anderen Parteien lehnten diesen Vermittlungsvorschlag ab. Fagerholm wurde heftig beschimpft. Seine Regierung demissionierte.

Nun ist Fagerholms Kritikern Gelegenheit gegeben, ihr Können unter Beweis zu stellen. Der Regierungschef vertritt mit fünf Ministerkollegen die Agrarpartei, welche nicht bereit war, durch Verzicht auf ihre hohen Staatssubventionen im wesentlichen Masse zur Sanierung beizutragen. Von den drei schwedischen Liberalen in der neuen Regierung war Professor Nils Meinander, der neue Finanzminister, einer der bissigsten Kritiker der bisherigen Regierung. Ob es ihm besser als Fagerholm gelingen wird, die Agrarier zu Subventionsverzichtern und die Unternehmer zu Profitverzichtern zu bewegen, bleibt abzuwarten. Die dritte Koalitionspartei, die finnischen Liberalen, die ihre meisten Anhänger unter den Angestellten hat, hat Fagerholms Vermittlungsversuch als erste torpediert.

Diese Koalition stützt sich auf nur 79 der 200 Reichstagsabgeordneten. Die Konservativen, deren Regierungsteilnahme dem Kabinett zu einer knappen Mehrheit verholfen hätte, stehen in Opposition. Sie sind die schärfsten Konkurrenten der Agrarier in gewissen Landwirtekreisen und sie misstrauen der agrarischen Russlandpolitik.

Wenn das neue Kabinett versuchen sollte, die Stabilisierungskosten so auf die Lohnempfänger abzuwälzen, wie die bisherigen Stellungnahmen erwarten lassen, so würde es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den

3. Juni 1957

Arbeitern kommen, die sehr gefährlich werden könnten, da die Kommunisten in Finnland sehr stark sind und da Moskau nahe ist. Es war leichter, dieser Gefahr zu begegnen, solange die Sozialdemokraten, die stärkste Partei Finnlands, die Hauptstütze der Regierung war und eine Ausgleichspolitik anstrebte. Professor Meinander weiss das und hat zunächst nur ein kurzfristiges Sofortprogramm ausgearbeitet, um die leere Staatskasse etwas zu füllen. Umfassende Vorschläge zur Wirtschaftsgesundung will er bis 15. Juni vorlegen.

\* \* \*

### Tarifunterbietungen Pankows

ru, Lübeck

Im Verkehr zwischen den skandinavischen Ländern und der Sowjetzone bahnt sich immer mehr so etwas wie eine reale Verkehrspolitik an. Ausgangspunkt ist dabei die "verkehrspolitische Anerkennung" der Zone als gleichberechtigter Partner. Am sichtbarsten wird dieser "New Look" im Ostseetransitverkehr mit Schweden.

Die Zone schreckt dabei nicht vor tarifpolitischen Unterbietungen zurück. So ist bekannt geworden, dass die in Stockholm eingerichtete Vertretung der ostzonalen "Deutschen Reichsbahn" eifrig wirbt, um den Verkehr von der bundesrepublikanischen Vogelfluglinie über Großenrode-Gjeäser auf die Linie Trälleborg - Saßnitz abzuziehen. Das ist verhältnismässig einfach, weil diese Route von Schweden aus gesehen kürzer, rationeller und preisgünstiger ist. Der Anreiz, sie zu benutzen, wird grösser, wenn die DDR mit verstärkten Tarifunterbietungen arbeitet.

Der Erfolg der Bestrebungen, den Verkehr auf der Saßnitzroute wieder in Gang zu bringen, spricht aus folgenden Zahlen: 1954 wurden rund 10 000 Reisende und 35 000 Güterwagen zwischen Saßnitz und Trälleborg oder umgekehrt trajektiert. 1955 waren es bereits 30 000 Reisende und 39 000 Güterwagen. Im letzten Jahr stiegen diese Zahlen weiterhin steil auf 41 000 Reisende und 42 000 Güterwagen an. Für dieses Jahr rechnet man bereits mit 50 000 Reisenden und über 46 000 Güterwagen.

Die ostzonale Eisenbahnverwaltung hat sich nun ausserordentlich wenig gezeigt, um neben den nicht zu kontrollierenden Tarifunterbietungen den Verkehr auch durch andere Maßnahmen auf die Route zu lenken. Be-

3. Juni 1957

stimmte Güter, die aus dem ganzen skandinavischen Raum über Trelleborg-Saßnitz nach Jugoslawien, der Schweiz oder Österreich transportiert werden, oder den umgekehrten Weg machen, erhalten zu den erniedrigten Transitfrachten eine weitere Preiserlassigung von 10 Prozent.

Dabei steht die Entwicklung der Fährlinie noch nicht am Ende. Erhebliche Investitionen werden getroffen; die ostzonale Eisenbahnverwaltung arbeitet an Plänen für einen Fährhafen bei Kap Arkona auf Rügen, wodurch der Weg nach Schweden erheblich verkürzt würde. Der großzügige Ausbau des Fähranlegers im Saßnitzer Hafen hat begonnen. Im nächsten Jahr wird eine weitere moderne schwedische Fähre auf der Route laufen. Schweden und die Zone haben ausserdem je eine weitere Fähre in Auftrag gegeben.

Diese mit allen Mitteln geförderte Verkehrsverlagerung auf die Saßnitz-Trelleborg-Linie wird von weiteren Maßnahmen begleitet, welche den Verkehr über die Ostsee von den anderen Häfen der DDR nach Skandinavien verstärken sollen. Rostock und Wisnar sind wieder aufgebaut worden und verfügen über Umschlagsanlagen. So überrascht es denn nicht, dass westdeutsche Hafenexperten kürzlich in der Schweiz und in Österreich eine verstärkte Werbung auch für die Benutzung dieser Häfen feststellen konnten.

\* \* \*

#### Modernisiert die Kleinwirtschaft!

Prof. Brandt und MdB Corterier auf der SPD-Mittelschichten-Kundgebung in Dortmund

H.B. Wenn Klein- und Mittelbetriebe einen beachtlichen Teil unserer Volkswirtschaft ausmachen, wenn sich immer mehr herausstellt, dass die Grosswirtschaft neben sich Klein- und Mittelbetriebe braucht, wenn es also richtig ist, dass aus gesamtwirtschaftlichen Gründen eine lebensfähige Kleinwirtschaft notwendig ist und wenn darüber hinaus aus gesellschaftspolitischen Gründen die Existenz einer Schicht von selbständig Schaffenden erwünscht ist - dann ist es eine wirtschaftspolitische und allgemeinpolitische Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Betriebe mit den neuen Produktionsverhältnissen "mitkommen" und dass sie, wenn neue technische Entwicklungen eintreten oder bevorstehen, nicht den Anschluss verpassen.

Dass war die Quintessenz aus den Vorträgen auf der Landestagung der

selbständig Schaffenden in der SPD Nordrhein-Westfalens am 2.6. im Handwerkerhaus in Dortmund. Wer wäre besser geeignet gewesen als Prof. Leo Brandt, die Probleme darzustellen, die sich aus der zweiten industriellen Revolution für Handwerk, Handel und Gewerbe und für die Freien Berufe ergeben? Man ist nur zu leicht geneigt, bei der Diskussion über die zweite industrielle Revolution, die im wesentlichen in der Nutzung der Atomenergie und der Anwendung der Automatisierung besteht, nur an die Auswirkungen in der Gesamtwirtschaft, speziell in der grossen Industrie, zu denken. Wenn nun aber eine so dramatische Umwälzung in der Produktion eintritt, dass zum Beispiel - wie das jetzt eine Radio- und Fernsehfabrik in USA tut - von einer einzigen Firma täglich einige Tausend Stück Fernsehgeräte in Kofferformat auf den Markt geworfen werden, wenn solche Produktion überhaupt nur mit Hilfe vollautomatischer Einrichtungen möglich ist, und wenn dann für diese Produktion lediglich zwei Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt zu werden brauchen - dann ist es klar, dass eine so veränderte Situation auf alle Bereiche der Wirtschaft übergreift und unser ganzes Leben revolutioniert.

#### Neue Anforderungen ...

Müssen sich nun - von Gespenst der Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer einmal abgesehen - nicht gerade auch die kleinen selbständigen Existenzen aus der gewerblichen Wirtschaft und den Freien Berufen fürchten, von der neuen Technik vollends an die Wand gedrückt zu werden?

Sicher, die Vollautomatisierung kann eben nur von einer bestimmten Betriebsgrösse an technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll sein. In der Grossserie lassen sich die Grundforderungen der Automation, nämlich: Rationalisierung, Normung, Typisierung, Vereinfachung, "Baukastenprinzip" am besten verwirklichen. Aber: Die Automatisierung ist nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der Qualität. Schon tauchen automatische Zusatzaggregate und -Werkzeuge für Klein- und Mittelbetriebe auf. Es ist diesen Betrieben technisch durchaus möglich, eine Teil-Automatisierung vorzunehmen. Das bedingt auch eine noch bessere Ausbildung, nicht zuletzt im Handwerk. Auch der Handel, der wie die Freien Berufe seine Arbeitskräfte zwar zwar durch mechanische Hilfsmittel ersetzen kann, muss doch ganz besonders um einen fähigen Berufsnachwuchs und um beste Ausbildung bemüht sein, weil der technische Fortschritt ganz neue Organisationsaufgaben stellt. Markterkundung

und Marktgestaltung sind neue Aufgaben für den Handel, Produktivitätsforschung und Betriebsberatung sind es für die Freien Berufe.

... und Möglichkeiten

Der technische Fortschritt erdrückt die Kleinwirtschaft nicht, sondern eröffnet ihr neue Möglichkeiten - das ergab das mit gespannter Aufmerksamkeit aufgenommene Referat Prof. Brants, Fritz Corterier, Dipl.-Kaufmann und Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, wies nun aber in seinem Referat über die Mittelschichtenpolitik des zweiten Bundestages darauf hin, dass die neue technische Entwicklung dennoch zu einer Existenzgefährdung für die selbständig Schaffenden führt, wenn nicht der technische Fortschritt von einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik begleitet wird. Unter dem Beifall der Versammelten legte Corterier den Finger auf die Wunde: dieser zweite Bundestag hat auch auf dem Gebiete der Mittelschichtenpolitik versagt! Im Dezember 1955 hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen ganzen Strauss von Anträgen eingebracht, deren Sinn es war, die Grundlage zu einer Reihe von Gesetzesreformen zu legen, die der Modernisierung der Kleinwirtschaft gedient hätten. Bundestagsmehrheit und Bundesregierung haben es verhindert, dass diese Anträge wirksam wurden.

#### Einseitige Steuergesetzgebung

Wie soll die Kleinwirtschaft, die immerhin mehr Beschäftigte als die Grosswirtschaft zählt, wettbewerbsfähig bleiben, wenn die Steuergesetzgebung einseitig zugunsten des Grosskapitals gestaltet wird? Unser Umsatzsteuersystem mit seiner Lawinenwirkung, das die Ware auf ihrem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher mehrfach belastet, fördert unmittelbar die Konzentration des Kapitals, die Aufsaugung der Kleinen durch die Grossen. Bei der Einkommensteuer musste erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kommen, das den jahrelangen sozialdemokratischen Kampf gegen die gemeinsame Steuerveranlagung von Ehegatten rechtfertigte, bevor die Bundesregierung dazu gebracht werden konnte, diese "Steuerstrafe" abzuschaffen. Aber die Sozialdemokraten wollen nicht nur die in den mittelschichtigen Betrieben besonders zahlreichen mithelfenden Familienangehörigen vor Steuerausbeutung schützen. Sie verlangen auch, dass der selbständig Schaffende den Teil seines Einkommens absetzen kann, den er für sich verbraucht - damit auch hier die steuer-

liche Gleichheit hergestellt wird.

Ebenso wie Brandt appellierte auch Corterier an das politische Verantwortungsbewusstsein der selbständig Schaffenden. Wie bei der Mobilisierung des Geistes steht die SPD an der Spitze, wenn es um die Modernisierung der Kleinwirtschaft geht. Die Angehörigen der Mittelschichten aber müssen der SPD das Mandat geben, ihr Programm in die Tat umzusetzen. Dass mehr als ein Drittel der Tagungsteilnehmer Vertreter von Fachverbänden des Handwerks, Handels, Gewerbes, der Freien Berufe, der Innungen und Kreishandwerkerschaften waren, wird dazu beitragen, der Tagung jene Ausstrahlung in die Öffentlichkeit zu sichern, die sie verdient.

\* \* \*

#### Der Test von Wilhelmshaven

H.E. Was die Meinungsforschungsinstitute seit Monaten behauptet haben, ist am Sonntag in einer Gemeindevorwahl durch die Wähler in Wilhelmshaven bestätigt worden. Die SPD hat die CDU nicht nur eingeholt, sondern überholt. Den Abfall des Anteils der CDU von 37 % bei den Wahlen 1953 auf 26 % steht ein Anstieg der SPD von 38 % auf 50 % gegenüber. Dass diese Entwicklung konstant ist, spiegelt sich auch in der Sitzverteilung im Rat der Stadt Wilhelmshaven wieder. Von 37 Sitzen erhält die SPD wie zuvor 20, sie hat nach wie vor die absolute Mehrheit. Die SPD wird wieder den Oberbürgermeister stellen und die Entwicklung der Stadt entscheidend beeinflussen.

Veränderungen in dem Stimmenanteil und in der Sitzverteilung haben sich vor allem bei den kleineren Parteien ergeben. Damit ist die Labilität dieser Wählergruppe eindeutig erwiesen. Den schwersten Schlag hat die DP - FVP hinnehmen müssen. Zur Wahl im Herbst des Vorjahres waren beide Gruppen noch getrennt marschiert und hatten fast 9 000 Stimmen auf sich vereinigt, sie wurden glatt halbiert auf 4 519 Stimmen, ihr Stimmenanteil sank von 6,8 auf 3,5 %. Erstaunlich ist, dass auch der BHE erheblich an Stimmen zu Gunsten der Freien Wählervereinigung einbüßte und seinen einzigen Sitz im Rat verlor. Je einen Sitz verloren auch die DRP und die FDP. Die Freie Wählervereinigung erhielt drei Sitze, was sie gewann, verloren die kleinen Parteien.

Wilhelmshaven hatte nach 1945 seine Wirtschaftsgrundlage verloren, es hat schwere Jahre hinter sich. In zäher Arbeit haben sich die Bürger der Stadt eine neue wirtschaftliche Grundlage erarbeitet, die nicht militärischer Art ist. Durch den Aufbau der Bundeswehr ist Wilhelmshaven wieder Garnisonsstadt geworden. Dar auf gründeten die Gegner der SPD ihre Hoffnung, die SPD aus ihrer führenden Stellung verdrängen zu können. An der Kommunalwahl im Herbst vorigen Jahres beteiligten sich die Einheiten der Bundesmarine nicht, sie waren ausgelaufen. Diesmal waren sie dabei, wie man sieht, hat dies das politische Bild kaum verändert.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel